



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 209 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/135

14. Juni 1950

Hinweise
auf den Inhalt:

Bundeskompentenz für Grenzpolizei	S.1
Ringem um die englischen Liberalen (Bericht aus London)	S.3
Vom Rhein bis an die Alpen (Zu den Plänen um einen kath.Bund)	S.4
Besuch der norwegischen Arbeiterpartei	S.6
Nachrichten aus der Ostzone	S.7

Wir veröffentlichen den folgenden Aufsatz
als Diskussionsbeitrag zum Thema Bundes-
polizei.

Bundeskompentenz für Grenzpolizei

Ein Vorschlag

Die Polizeipolitik der westlichen Alliierten war seit 1945 be-
strebt, die Gefahr der Rückentwicklung Deutschlands zum Polizeistaat
durch Dezentralisierungsbestimmungen auszuschalten. Mit den Anweisun-
gen der Alliierten Hohen Kommission vom 21. September 1949 wurde fest-
gestellt, dass die Funktion der Polizei ausschliesslich in der Aufrecht-
erhaltung von Ruhe und Ordnung und der Verbrechensbekämpfung liegt.
Die Polizei ist also aller Verwaltungsaufgaben entledigt, ist nicht
mehr berechtigt zum Erlass von Rechtsvorschriften und hat keine Straf-
gewalt. Der unter der Landesstufe dezentralisierte Aufbau der Polizei
war in der britischen und amerikanischen Zone schon vor dem Erlass vom
September 1949 (allerdings nach verschiedenen Systemen) durchgeführt
worden, während in den Ländern der französischen Zone die zentral ge-
lenkte Staatspolizei unverändert weiterbesteht.

Während die seitdem geführte Diskussion sich darum bewegte - bei
Anerkennung der im Grundgesetz verankerten Zuständigkeit der Länder für
Polizeiaufgaben - ob die für Ruhe und Ordnung verantwortlichen
Innenminister der Länder durch den derzeitigen Aufbau der Polizei in
der Durchführung ihrer Aufgabe behindert seien oder nicht, hat sich
durch die in der letzten Woche in Bonn aufgeworfene Frage der Bil-

dung einer Bundespolizei die Themenstellung erweitert und bei einigen Diskussionspartnern auch erheblich verschoben - bis an den Rand der seitens von Bundeskanzler ausgelösten Wiedererrichtungsdiskussion. Wenn die sogenannte Volkspolizei der russischen Zone, mit Artillerie ausgestattet, den sowjetischen Machtapparat weiter verstärkt, kann man dem mit polizeilichen Massnahmen in Westdeutschland nicht begegnen. Man sollte sich hüten, durch ein unter dem Polizeischild getarntes Wettrennen den soeben begonnenen Aufbau der demokratischen Polizei in der Bundesrepublik einer derartig gefährlichen Belastung mit polizeifremden Aufgaben auszusetzen. Man muss aber die Diskussion auf das eigentliche Polizeigebiet zurückführen. Dabei kann sich immerhin ergeben, dass, bei grundsätzlicher Anerkennung der von den Westalliierten aufgewiesenen Gefahr einer Zusammenballung der Polizeigewalt in wenigen Händen oder gar nur einer Hand, die Ansetzung einer Bundespolizei die Durchführung des im Artikel 91 des Grundgesetzes verankerten Notstandsrechtes erleichtern, ja vielleicht erst ermöglichen würde.

So wenig der Polizei polizeifremde Aufgaben übertragen werden sollten, so wenig sollte nichtpolizeilichen Organisationen die Wahrnehmung polizeilicher Belange zugestanden werden. Leider wurde durch Gesetz vom 9.4.49 bei der Finanzverwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes eine Zoll-Leitstelle errichtet, die dem inzwischen auf etwa 15.000 Mann angewachsenen Zollgrenzschutz praktisch auch Polizeiaufgaben übertrug. Mit Ausnahme Bayerns lösten die Länder damals die Grenzpolizei auf. Die Berichtigung dieses Fehlers war seitdem mehrfach Gegenstand der Beratungen der westdeutschen Innenministerkonferenz. Abgesehen von den Komplikationen und Zuständigkeitswitten, die zwischen Innen- und Finanzministerien erwachsen mussten, kann der beim Aufbau überhaupt nicht kontrollierte und politisch nicht überprüfte Zollgrenzschutz wegen seiner ganz anderen Aufgabenstellung einfach nicht die Gewähr für die insbesondere an der Sowjetzonengrenze zu erfüllenden polizeilichen und politischen Sicherheitsmassnahmen bieten. Dabei sind aber nach wie vor die Innenminister für Ruhe, Ordnung und Sicherheit an der Grenze verantwortlich.

Die Wiedererrichtung der Grenzpolizei ist unumgänglich und es verdient damit ein Vorschlag der Gewerkschaften Beachtung, die den Grenzpolizeien der Länder eine Leitstelle beim Bundesinnenminister gegeben sehen möchten. Wenn man dieser Leitstelle die Befugnisse einräumte, die einer Bundespolizeileitung bei der wirksamen Anwendung des Artikels 91 zuständen, erübrigte sich die Schaffung einer weiteren besonderen Bundespolizeitruppe, die beim Fehlen akuter Notstände - und das wird hoffentlich der Regelzustand sein - sich leicht auf den Versuch beschränken könnte, ihre Daseinsberechtigung nachzuweisen.

-off.

Ringens um die englischen Liberalen

Von unserem Londoner Mitarbeiter

Herbert Morrison, heute wohl die stärkste und einflussreichste Persönlichkeit der Labour Party, und Winston Churchill, der Führer der mächtig gewordenen Opposition, haben kurz hintereinander zu einer Frage Stellung genommen, die die politischen Hauptquartiere und die Öffentlichkeit Englands in wachsender Masse beschäftigt: wer wird die liberalen Wähler zu sich herüberziehen?

Der knappe Ausgang der Februarwahlen zwingt die Parteien jetzt schon, sich für früher oder später kommende Neuwahlen zu rüsten. Die Entscheidung über den Zeitpunkt der Auflösung des Parlaments liegt traditionsgemäss beim Premierminister allein, es sei denn, die Regierung unterliegt im Unterhaus bei einer wichtigen politischen Abstimmung. Wenn, wie es jetzt wieder durch Lord Woolton, den Organisator der konservativen Wahlfeldzüge, oder durch den aus der Labour Party ausgestossenen Konni Zilliacus geschehen ist, der Oktober als wahrscheinlicher Wahltermin ausgegeben wird, so sind das blosses Vermutungen. Der vorsichtige Taktiker Attlee schweigt sich darüber aus. Das hindert nicht, dass die Parteien ihre Vorbereitungen treffen. Dazu gehört sehr wesentlich und vielleicht entscheidend das Ringen um die zweieinhalb Millionen liberalen Stimmen, die bei den letzten Wahlen fast nutzlos vertan worden sind.

In erster Linie ist das natürlich die Sorge der Führung der Liberalen Partei, die sich gegen die Einsicht sperrt, dass die grossen Tage der Partei für immer vorüber sind, seit sie von der Labour Party überrundet wurde. Aber schon seit Monaten versucht die konservative Führung, vor allem Winston Churchill, die liberalen Führer davon zu überzeugen, dass eine "ehrenhafte Verständigung" zwischen beiden Parteien der einzige Weg sei, die Labour Party aus der Macht zu werfen. In der Albert Hall in London hat der Oppositionsführer in einer rhetorisch äusserst geschickten Rede wiederum die Liberalen zur Zusammenarbeit aufgerufen "sei es als Partei oder, wo das unmöglich ist, als einzelne". Er weist, dass die liberale Führung von einer Fusion der beiden Parteien nichts wissen will und lässt daher die Form der Zusammenarbeit offen.

Trotz aller offiziellen Absagen aus dem Munde des liberalen Parteiführers Clement Davies sind die Aussichten der Konservativen, einen nicht unerheblichen Teil der liberalen Wähler zu gewinnen, im Augen-

blick nicht gering. Darin liegt unbestreitbar eine grosse Gefahr für die Labour Party. Herbert Morrison hat die Liberalen gewarnt, sie sollten sich nicht darüber täuschen, dass es für England nur die Wahl zwischen einer rückwärtsschauenden konservativen Regierung des Big Business und einer sozialen, fortschrittlichen Labour-Regierung gebe. Für die englischen Wähler aber ist wohl der neue Kurs der Labour Party überzeugender, der in der Geheimkonferenz der Labour-Führer und der Gewerkschaftsvertreter in Dorking in den Grundzügen festgelegt wurde und von Morrison entscheidend bestimmt wird. Es ist heute kein Zweifel mehr möglich, dass die Labour Party, nachdem sie die wichtigsten Punkte ihres Programms in den ersten fünf Jahren ihrer unbestrittenen Herrschaft durchgesetzt hat, nun entschlossen ist, im wesentlichen das Erreichte zu bewahren und zu befestigen und auf kühne, neue Experimente zu verzichten.

Wenn nicht alle Erfahrungen, auch die der letzten Wahlen, trügen, liegen darin die besten Chancen, das damals verlorene Gelände zurückzugewinnen und ein Überlaufen der vom Wahlausgang enttäuschten Liberalen zu den Konservativen zu verhindern, oder in seinem Ausmass stark zu vermindern. -pf.

- - - - -

Vom Rhein bis an die Alpen

-dt. Unter dem Motto "Österreich ist nicht lebensfähig" wird zwischen Wien und Linz wieder der Anschlussgedanke kolportiert. Das geschieht nicht laut und auch nicht amtlich, aber es geschieht und es sickert über die Grenze nach Bayern. Nicht unter grossdeutschem Vorzeichen à la Hitler, sondern zwar auch gross, aber nicht deutsch. Der neue Grundgedanke ist der eines katholischen Bundes, der vom Rhein bis an die österreichischen Ausläufer der Alpen reichen soll.

Als die Habsburger Monarchie am Ende des ersten Weltkrieges zer schlagen wurde, kam der Vatikan um den letzten Rest seines jahrhundertalten "Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation". Es gibt seither keinen Staat, mit dem sich der Vatikan so identifizieren konnte wie mit Habsburg. Auch Spanien scheidet aus, selbst wenn es Geschichte, Tradition und religiöse Struktur dazu prädestinieren, denn Franco ist ein viel zu eigenwilliger Politiker, als dass er die weltliche Macht mit einem zweiten, und sei es auch der Papst, teilen würde.

Ein katholischer Bund vom Rhein bis zu den Alpen würde den Vorstel-

lungen entsprechen, die man sich von der Hausmacht des Papstes macht. Sicherlich in einer moderneren Form als es die Habsburger Monarchie war, aber die geschichtlichen Bindungen wären gegeben und sie hält man zusammen mit der konfessionellen Grundlage für ausreichend, um von Zeit zu Zeit Versuchsballone starten zu lassen. Der Gedanke eines solchen katholischen Bundesstaates ist besonders in Bayern öfters ventiliert worden; zuletzt, als im Parlamentarischen Rat um das Grundgesetz gekämpft und nicht allen bayerischen Wünschen nachgegeben wurde. Damals sagte man den Bayern eine besondere Initiative in dieser Hinsicht nach, denn Bayern würde in einem solchen Bundesstaate schon infolge seines zahlenmässigen Gewichtes die erste Geige spielen. Ohne dass sie ernstlich dementiert wurde, kursierte damals die Version, dass Frankreich einem solchen katholischen Reich sehr wohlwollend gegenüberstehe; nicht dem Papst, sondern der eigenen Sicherheit zuliebe, weil jede Verkleinerung, also Schwächung Deutschlands, so meint man links vom Rhein, Frankreich stärken würde. Als einer der eifrigsten Baumeister eines solchen Staatengebildes wurde Dr. Pfeiffer, die "Graue Eminenz" in der bayerischen Staatskanzlei genannt.

Man soll solche Pläne nicht überschätzen. Die Zeiten, da man aus Glaubensgründen Kriege führte oder Staaten gründete, sind vorbei. Dass diese Pläne aber immer wieder auftauchen, beweist die Labilität der heutigen Ordnung im Donaauraum. Nach der Zerschlagung der Habsburger Monarchie war hier ein Vakuum entstanden, das von den Nachfolgestaaten Österreich-Ungarns nicht ausgefüllt werden konnte. Eine vernünftige Neuordnung mit solider wirtschaftlicher Untermauerung hätte diese Staaten viel weniger anfällig gemacht, zuerst gegen Hitler, später gegen Stalin. Der Donaauraum ist heute noch nicht geordnet, die Situation in Österreich bestätigt es immer wieder von neuem. Aber eine künftige Neuordnung kann weder grossdeutsch, noch wird sie katholisch, sie muss vielmehr europäisch sein. Etwaige bayerische Separatisten aber seien auf den Artikel 143 des Grundgesetzes verwiesen, der - leider in noch ungenügender Form - das Kapitel Hoch- und Landesverrat behandelt.

- - - -

Grusspflicht der Polizisten

Die Polizisten in Karlstad (Schweden) erhielten Order, die Spitzen der Stadt zu grüssen, u.a. den Bischof und den Obersten der Garnison. Diese Order rief eine grosse Unzufriedenheit unter den Polizisten hervor, die meinen, dass die Verpflichtung zu haben, alle Steuerzahler zu grüssen.

In einem Artikel in "Värmlands Folkblad" belustigt man sich über diese Grussorder und schlägt vor, dass der Gruss gemäss Steuerbescheid erwiesen wird. Personen mit mehr als 50.000 Kronen Einkommen werden geehrt mit Hurraruf und Aufheben beider Hände, Personen mit einem Einkommen zwischen 40.000 und 20.000 Kronen müssen sich mit dem mit einer Hand erwiesenen Gruss begnügen, während die Leute mit einem Einkommen unter 5.000 Kronen wegen Ärgerniserregenden Benehmens festzunehmen sind.

-off

Besuch der norwegischen Arbeiterpartei

sp. Am 1. Juli wird in Hamburg eine Parlamentsgruppe der norwegischen Arbeiterpartei, also der Partei der norwegischen Regierung, zu einem mehrtägigen Deutschland-Besuch antreffen. Der Generalsekretär der Partei, Haakon Lie, hat jetzt Einzelheiten über den Reiseplan mitgeteilt. Die Delegation wird am 2. Juli abends von Hamburg nach Bonn weiterfahren, sich dort am 3. und 4. Juli aufhalten, am 5. und 6. in das Ruhrgebiet reisen und am 8. Juli wieder von Bonn abreisen.

Die Delegation besteht aus den Abgeordneten Trond Regna, Sverre Löberg, Arne Ström und dem Sekretär der Parlamentsfraktion Hans Cappelen.

Nachrichten aus der Ostzone.Volksdemokratische Differenzierungen

sp. Bei laufenden Milchprüfungen in Jena wurde festgestellt, dass die für Kleinkinder auf Lebensmittelkarten gelieferte Milch einen Fettgehalt von nur 2,5 Prozent hat. Dagegen hat die Vollmilch, die aus den Molkereien an die sowjetische Besatzungsmacht und die HO-Läden geliefert werden muss, einen Fettgehalt von 3,5 Prozent.

+

SED-Wache für Nein-Stimmen

(sp.) Bei den sogenannten Wahlen zum Volkskongress in Markneukirchen wurden in der sächsischen Musikinstrumenten-Industrie nur 25% Ja-Stimmen abgegeben. Im Zuge der Buntmetallsammelaktion hat die SED jetzt die Mehrzahl der Kleinbetriebe stillgelegt, die die bekannten Markneukirchner Instrumente in Heimarbeit herstellen. Durch besondere Kommissionen sind alle Buntmetallbestände bei diesen Betrieben beschlagnahmt worden, sodass die Betriebe schliessen mussten. Die Bestände wurden den volkseigenen Betrieben Hess in Klingenthal und Fräwema in Markneukirchen zugeführt.

-o-o-

Pimpfenausbildung - wie früher

(sp.) Das ehemalige Marine-Ausbildungsheim Thalgut Lauenhain bei Mittweida ist das Pionierheim des Kreises Rochlitz. Am Eingang des Heimes stehen zwei mit Speeren bewaffnete Pioniere als Wache. Es wird streng darauf geachtet, dass das Antreten und Melden militärisch "zackig" durchgeführt wird. Ausserdem werden Nachtübungen im Gelände durchgeführt.

-o-o-

Nachwächter mit politischem Abitur

(sp.) Die Anwärter für den Nachwächterposten auf dem Kohlenplatz der kommunalwirtschaftlichen Unternehmungen in Potsdam wurden von der Volkspolizei einer politischen Prüfung unterzogen. Eine der Fragen, die über die Einstellung entschied, lautete: "Lesen Sie die Märkische Volksstimme?" Die Märkische Volksstimme ist die Bezirkszeitung der SED.

-o-o-

14 Tage Arrest für Vergewaltigung

(sp) Ein Volkspolizeiwachtmeister vom Gruppenposten "Uder" an der Zonengrenze vergewaltigte eine Frau aus Ilmenau beim illegalen Grenzübertritt. Nach der Anzeige der Frau erhielt der Volkspolizist eine "Disziplinarstrafe" von 14 Tagen Arrest.

-o-o-

Wie die Russen Rechnungen begleichen

(sp). Nach Auflösung der sowjetischen Kreiscommandantur in Kölleda versuchten die betroffenen Einwohner, ihre beschlagnahmten Möbel zurückzubekommen. Sie wiesen die Beschlagnahmebescheinigung vor, auf der ausdrücklich angegeben ist, dass die Beschlagnahme nur bis zum Abzug der Einheit gilt. Die sowjetischen Behörden bezeichneten sämtliche Bescheinigungen als ungültig. Die Möbel wurden auf dem Bahnhof verladen. Bei dieser Gelegenheit versuchten Kaufleute, die Begleichungen rückständiger Rechnungen zu erwirken. Es handelte sich dabei um Beträge bis zu mehreren zehntausend Mark, die seit langer Zeit ausstehen. Die Gläubiger wurden aus der Commandantur geworfen und die Unterlagen vor ihren Augen vernichtet.

35 Mark je Zentner Kartoffeln

(sp.) In Farchim wurden jetzt alle Kartoffelbrennereien stillgelegt, weil keine Kartoffeln mehr aufzutreiben sind. Obwohl seit Dezember 1949 keine Kartoffeln mehr für die Versorgung der Bevölkerung zur Verfügung standen, haben die Brennereien bis März noch regelmäßig gearbeitet. In Farchim werden bereits 15 Mark für einen Ztr. Kartoffeln bezahlt, in Leipzig werden die Kartoffeln zu 35 Mark je Ztr. schwarzgehandelt.

-o-o-o-o-o-o-o-o-

14.6.1950

Berichtigung

In dem gestern verschickten Artikel des Staatsministers Alberts findet sich am Schluss ein sinntstellender Irrtum, den wir bedauern. Der entsprechende Satz muss richtig heissen:

" Die Wahlentscheidung von Nordrhein-Westfalen ist keine Frage der Religion, sondern sie ist die nüchterne und klare Frage nach dem künftigen Weg der politischen Entscheidungen in Westdeutschland. "

Die Redaktion